



Suffering in Silence ●

Zehn humanitäre Krisen,
die 2021 keine Schlagzeilen machten



care®



Nach unzähligen Schritten und elf Tagen Flucht: Die Füße der vierjährigen Nicole.



Sinai hält ihre vierjährige Tochter Nicole im Arm. Sinai erzählt, dass sie nicht wie viele andere den Bus nehmen können, weil all ihre Dokumente an der venezolanischen Grenze gestohlen wurden. „Ein Mann bot an, uns mit unserem Gepäck zu helfen und verschwand dann einfach. Ohne Dokumente bleibt uns nichts anderes übrig, als zu Fuß zu gehen.“ Im gestohlenen Gepäck war auch die Kleidung der Kleinfamilie. Um die Füße ihrer Tochter Nicole trotzdem warm zu halten, hat Sinai sie in Alufolie eingewickelt. Die Familie ist nun schon seit elf Tagen unterwegs.

Einleitung

„Ein Orkan humanitärer Krisen tobt auf der Welt“, sagte UN-Generalsekretär António Guterres im Sommer 2021 angesichts der Zunahme schwerer und lang andauernder humanitärer Notlagen. Nicht nur, dass sie immenses Leid für die Zivilbevölkerung verursachen. Sie bringen auch die Ressourcen der Vereinten Nationen und von Hilfsorganisationen ans Limit. Ein „Orkan humanitärer Krisen“: Der Bezug auf das Wetter ist auch in einem anderen Sinn stimmig. Nicht nur die COVID-19-Pandemie setzt denjenigen Gesellschaften, die schon zuvor geschwächt waren, besonders zu und gefährdet jahrzehntelange Fortschritte. Auch der Klimawandel triggert Armut, Migration, Ernährungsunsicherheit, Hunger – und nicht zuletzt den Kampf um die Verteilung von knapper werdenden Ressourcen wie Wasser, Land und Holz. In welchem Ausmaß dies bereits der Fall ist, zeigen auch einige Krisen in unserem Report.

Vor diesem globalen Hintergrund beleuchtet die sechste Ausgabe von „Suffering in Silence“ jene humanitären Krisen, über die weltweit am wenigsten berichtet wird. Was uns vielleicht nicht immer bewusst ist: Jede und jeder von uns beeinflusst mit seinem bzw. ihrem Medienkonsum maßgeblich, worüber wieviel veröffentlicht wird. Denn noch nie zuvor konnte man das Medienverhalten so genau messen wie heute. Wieso interessiert sich die Gesellschaft mehr für Society-Themen als für humanitäre Krisen – auch wenn diese viel mehr Auswirkungen auf die Welt haben und tausende Menschenleben kosten? Die globale Gewichtung der Berichterstattung lässt uns bei allem Verständnis und Wissen über Nachrichtenfaktoren dann doch staunen: So gab es in Online-Medien mehr als 360.000 Berichte über das Interview von Prinz Harry und seiner Frau Meghan mit Oprah Winfrey. Über die mehr als eine Million Menschen in Sambia, die unter akuter Ernährungsunsicherheit leiden, gab es gerade einmal 512 Veröffentlichungen. Global gesehen.

Die Weltlage wird leider immer unüberschaubarer. Um eine Auswahl aus der enormen Berichterstattung zu treffen, konzentrieren sich viele Menschen auf das, was ihr Leben unmittelbar betrifft und sich im eigenen Umfeld befindet. Viele wollen auch nicht nur negative Berichte über Katastrophen lesen, da sie dies als sehr belastend empfinden. Deswegen möchten

wir, dass sich die Aufmerksamkeit auf jene Krisen und Konflikte weltweit richtet, wo mit humanitärer Arbeit Menschenleben gerettet werden können und sich die Situation verbessern lässt.

Denn die Anzahl der Menschen, die humanitäre Hilfe benötigen, ist auf einem Höchststand. Ebenso die Anzahl der Menschen auf der Flucht: 82,4 Millionen Menschen auf unserem Planeten sind Flüchtlinge, Binnenvertriebene oder Asylsuchende. Dennoch ist die humanitäre Hilfe der Vereinten Nationen im Vorjahr mit rund 16 Milliarden Euro nicht einmal zur Hälfte finanziert worden. Auch hier ein Vergleich: 89 Milliarden Euro werden weltweit jedes Jahr mit Waffenhandel umgesetzt. Immerhin hat die Europäische Union reagiert und den Budgetvorschlag für humanitäre Hilfe erhöht, um mehr Gelder für die Bewältigung von Krisen und Katastrophen bereitstellen zu können.

Wir wollen mit diesem Report jenen Krisen mehr Aufmerksamkeit geben, die im „Orkan humanitärer Krisen“ nicht wahrgenommen werden. Uns geht es um die Menschen, die unbeachtet von der Weltöffentlichkeit jeden Tag um ihr Überleben kämpfen und deren Schicksal nie im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit steht. Dieser Report kann nur etwas bewirken, wenn er gelesen wird. Ihnen, liebe Leser:innen, dafür ein herzliches Dankeschön.

Methodik

Wie entsteht unser Report?

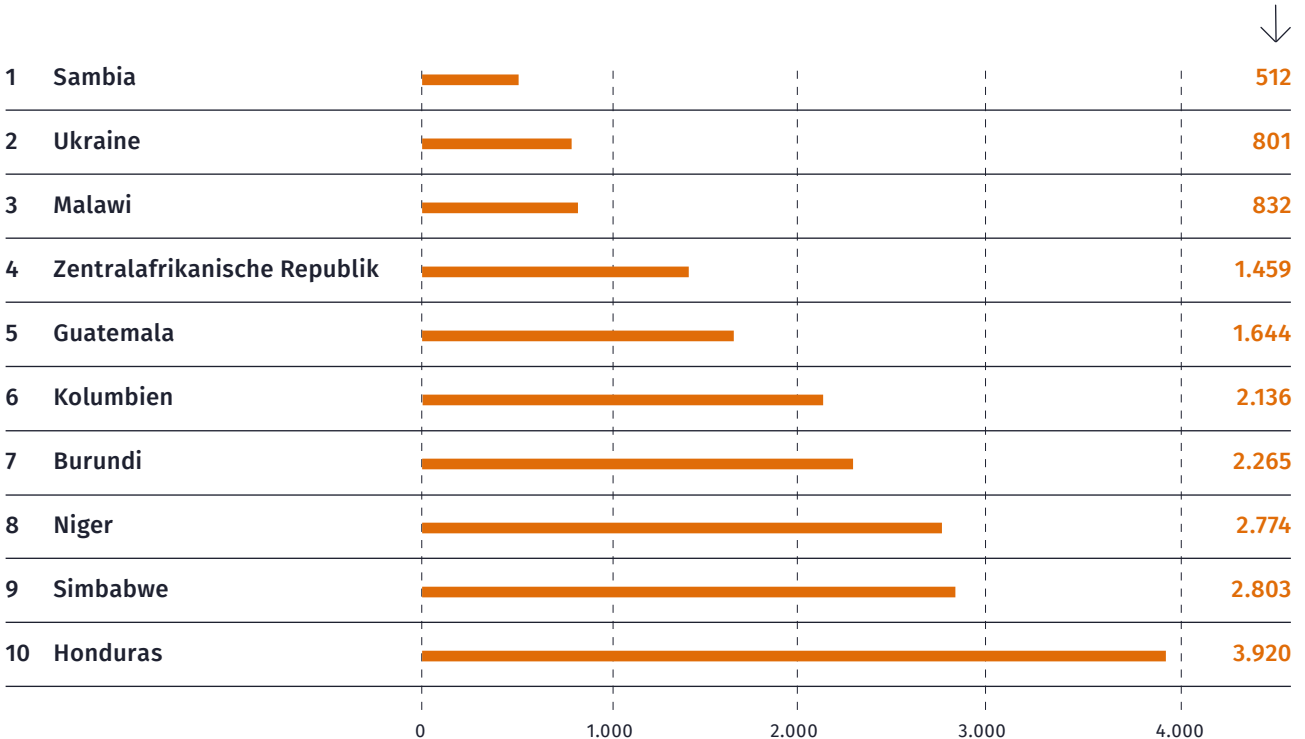
In Zusammenarbeit mit dem internationalen Medienbeobachtungsdienst Meltwater analysierte CARE jene humanitären Krisen und Naturkatastrophen, die im Jahr 2021 die geringste Medienaufmerksamkeit erhielten. Im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. September 2021 wurden dafür mehr als 1,8 Millionen Online-Artikel von Meltwater ausgewertet. Dafür identifizierten wir jene Länder, in denen mindestens eine Million Menschen von Konflikten, Krisen oder Naturkatastrophen betroffen waren. Die Gesamtzahl der von jeder Krise betroffenen Menschen ergibt sich aus Daten von ACAPS, Reliefweb und CARE. Das Ergebnis – eine Liste von 41 Krisen – wurde einer umfassenden Medienanalyse unterzogen und anschließend nach der Anzahl der zum Thema publizierten Online-Artikel geordnet.

Dieser Report fasst die zehn am wenigsten beachteten Krisen zusammen. Die Medienanalyse stützt sich auf Online-Artikel in den Sprachen Arabisch, Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch. Natürlich kann

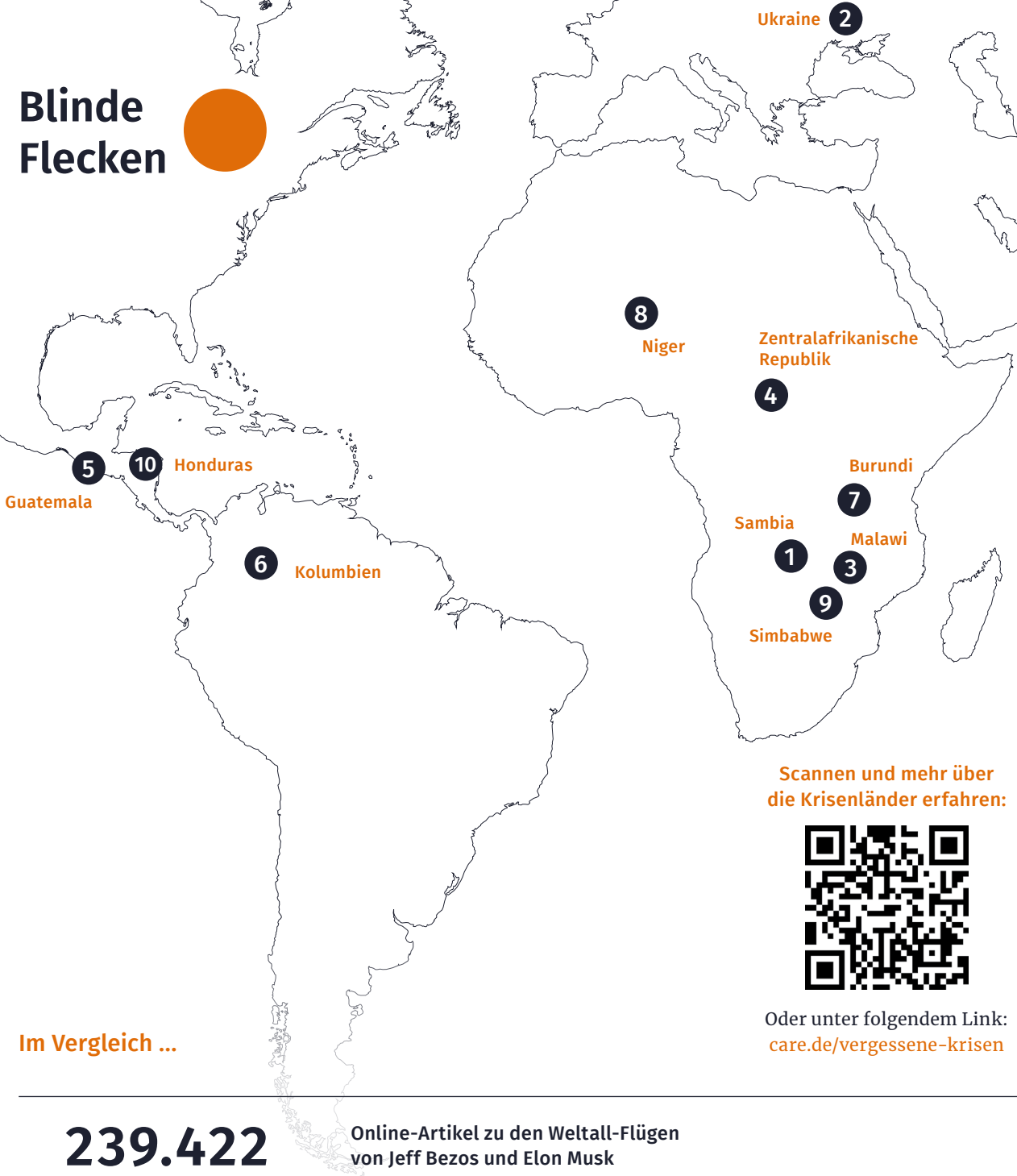
der Report nur einen Trend in der Berichterstattung aufzeigen. Gleichwohl gibt er Aufschluss über die globale Aufmerksamkeit, die humanitären Krisen in den weltweiten Online-Medien zukommt. Unser Report „Suffering in Silence“ soll informieren und dazu beitragen, dass Hilfsorganisationen, Medien, politische Entscheidungsträger:innen und die betroffenen Gemeinschaften diskutieren, wie die Wahrnehmung von Menschen in Not geschärft werden kann, damit sie mehr Unterstützung erhalten.

Zehn humanitäre Krisen, die 2021 keine Schlagzeilen machten

Krisenländer, gelistet nach der Anzahl der Online-Artikel vom 1.1. – 30.9.2021



Blinde Flecken



Scannen und mehr über die Krisenländer erfahren:



Oder unter folgendem Link: care.de/vergessene-krise

Im Vergleich ...

239.422

Online-Artikel zu den Weltall-Flügen von Jeff Bezos und Elon Musk

362.522

Online-Artikel zum Interview von Harry & Meghan mit Oprah Winfrey

515.158

Online-Artikel zur Fußball-Europameisterschaft

1.636.992

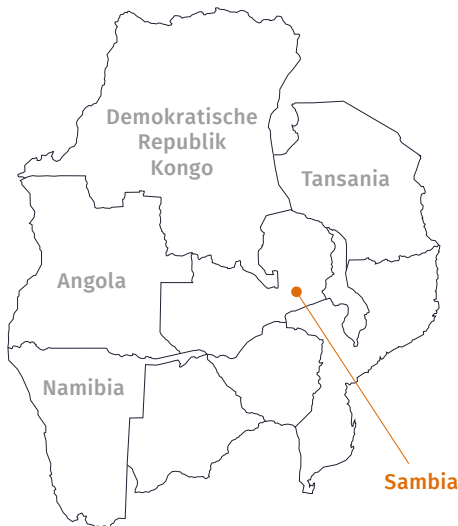
Online-Artikel zum Thema Home-Office

3.537.062

Online-Artikel über die Olympischen Spiele in Tokio

Sambia

Armut und Hunger treffen vor allem Frauen



Der erste Gedanke zu Sambia? Für die meisten Menschen ist es der Anblick tosender Wassermassen. Die beeindruckenden Victoriafälle an der Grenze zu Simbabwe sind die größten Wasserfälle Afrikas und gehören zum UNESCO-Weltnaturerbe. Darüber hinaus ist über den Binnenstaat mit knapp 18,4 Millionen Einwohner:innen nur wenig bekannt. An sich hat Sambia den Status eines Landes mit mittlerem Einkommen. Dennoch leben 60 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze von 1,90 Euro pro Tag. Besonders hart ist das Leben für Menschen in ländlichen Gebieten. Sie leiden unter Hunger und den schwerwiegenden Auswirkungen des Klimawandels.

Nicht genug Nahrung

Wie viele andere Länder im südlichen Afrika hat Sambia mit langanhaltenden Dürreperioden zu kämpfen. Die Folge ist, dass es nicht genug Nahrung gibt. Unterernährung ist weit verbreitet und liegt im globalen Vergleich auf einem sehr hohen Wert. Akute Ernährungsunsicherheit betraf zum Beispiel allein im Sommer 2021 mehr als 1,2 Millionen Menschen.

Zunächst hatte es in diesem Jahr für die Ernten gut ausgesehen, doch dann wurden große Teile von Überschwemmungen und Schädlingen wie der Wanderheuschrecke vernichtet. Die Preise für Mais stiegen stark an. Viele Familien konnten sich Lebensmittel nicht mehr leisten. Hinzu kamen die Auswirkungen der Pandemie. Unzählige Menschen erkrankten in Sambia an

COVID-19. Auch die Wirtschaft nahm dadurch Schaden. Deutliche Verluste beim Einkommen führten dazu, dass Nahrungsmittel für immer größer werdende Teile der Bevölkerung unerschwinglich wurden.

Armut in Sambia ist weiblich

Die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ist eines der Hauptprobleme des Landes. Es zeigt sich, dass Armut und Ernährungsunsicherheit vor allem zu Lasten von Frauen gehen. In Haushalten, die von Frauen geführt werden, tritt Armut häufiger auf. Dabei liegt die Produktion von Lebensmitteln in ihrer Hand, denn mehr als 60 Prozent der Nahrung in Sambia wird von Frauen erzeugt. Sie kommen jedoch oft zu kurz, wenn es um den Zugang zu Nahrung geht.

Die Regierung Sambias möchte das ändern und hat sich die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau zum Ziel gesetzt. Damit soll eine Verringerung der Armut für die in ländlichen Regionen lebende Bevölkerung und eine nachhaltige Entwicklung für alle erreicht werden.

CARE stärkt Mädchen und Frauen

CARE begann seine Arbeit in Sambia 1992 als Reaktion auf eine schwere Dürre und die extreme Armut in der Region. Heute liegt der Schwerpunkt auf langfristigen, gemeindebasierten Entwicklungsprogrammen in ländlichen und auch stadtnahen Gebieten. CARE stärkt gezielt Frauen und Mädchen in Sambia, weil sie auch in diesem Land die Hauptlast von Armut und Krisen tragen. Im Fokus stehen etwa die Verbesserung der Ernährung von Müttern und Kindern sowie sozialer Schutz. CARE tritt auch für die Gleichstellung der Geschlechter und eine umfassendere Inklusion von Menschen ein, die mit HIV und AIDS leben. In Zusammenarbeit mit Gemeinden und politischen Entscheidungsträger:innen führt CARE den Kampf gegen Armut in Sambia fort.

Bei der Abfederung der Folgen des Klimawandels setzt CARE auf Zusammenarbeit mit der Regierung in Bereichen wie Landwirtschaft, Viehzucht und Wasserversorgung. Derzeit ist CARE etwa in den Bezirken Gwembe und Galomo im Einsatz, wo immer wieder Dürre auftritt. In anderen Teilen des Landes sichert CARE z.B. mit Finanzierung der UN die Versorgung mit Nahrungsmitteln.

1,2 Millionen Menschen haben nicht genug zu essen

60% der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze



Ukraine

2

Keine Atempause von den Kämpfen

Seit Februar 2014 dauert der bewaffnete Konflikt im Osten der Ukraine nun schon an. Die Auswirkungen auf das Leben von Millionen von Menschen in der betroffenen Region sind erheblich. Die UN schätzt, dass im Jahr 2021 mehr als 3,4 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen waren. Über zwei Drittel waren Frauen und Kinder. Auch viele ältere Menschen sind kaum in der Lage, sich selbst zu versorgen.

Ein Waffenstillstand im Sommer 2020 war nur von kurzer Dauer. Im Jahr 2021 brachen die Kämpfe wieder aus und wurden häufiger. Eine umfassende politische Lösung des Konflikts ist weiter nicht in Sicht.

Jeden Tag in Lebensgefahr

Die Menschen in der Ostukraine sind gezwungen, täglich ihr Leben aufs Spiel zu setzen. An der 420 Kilometer langen „Kontaktlinie“, die das von der ukrainischen Regierung kontrollierte Gebiet von dem der pro-russischen Separatisten trennt, ist die Lage besonders gefährlich. Die Angst vor Beschuss und gewaltsamen Zusammenstößen ist allgegenwärtig. Dazu kommt die Gefahr durch Landminen und explosive Rückstände von Kriegsmunition, die für die Menschen auf beiden Seiten eine permanente Bedrohung ist. Der Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen und Dienstleistungen ist beschränkt. Es gibt kaum Möglichkeiten, einer beruflichen Beschäftigung nachzugehen oder ein Einkommen zu erwirtschaften.

COVID-19 verschärft die Krise

Die Pandemie und ihre Folgen haben das bereits zuvor schwache Gesundheitssystem und die schrumpfende

Wirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. An der „Kontaktlinie“ wurden alle Grenzübergänge geschlossen, um die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen. Dadurch wurde die Bewegungsfreiheit der Menschen noch mehr eingeschränkt. Für die bedürftige Bevölkerung, insbesondere für ältere Personen und Menschen mit Behinderungen, die in Gebieten außerhalb der staatlichen Kontrolle leben, hatte das schwerwiegende Folgen. Haupteinkommensquellen wie Renten und Sozialleistungen waren für sie kaum mehr abrufbar. Dazu kamen die Belastungen der psychischen Gesundheit, die durch die Maßnahmen gegen COVID-19 entstanden. Wegen der Verringerung der Kontakte fiel es vielen Menschen schwer, familiäre Bindungen aufrecht zu erhalten, die ihnen zuvor Sicherheit geboten hatten.

Frauen werden ausgebeutet

Gewalt gegen Frauen, Ausbeutung und Diskriminierung treten im Konflikt noch stärker auf. Schwangeren oder stillenden Frauen fehlt es in der Ostukraine am Zugang zu notwendigen Gesundheitsdienstleistungen. Sie werden vor oder nach der Geburt nicht betreut. Das Risiko für Menschenhandel ist gestiegen. Eine höhere Anzahl von Frauen und Mädchen wird für Sexarbeit ausgebeutet. Die Folgen sind mehr ungewollte Schwangerschaften, unsichere Abtreibungen und die häufigere Ansteckung mit sexuell übertragbaren Krankheiten.

Der Krieg in der Ukraine flammt immer wieder auf und bekommt dann kurzfristig mehr Aufmerksamkeit in den Medien. Zuletzt war das im Dezember 2021 zu beobachten. Wir weisen darauf hin, dass die globale Medienanalyse aus produktionstechnischen Gründen den Zeitraum 1.1.2021 – 30.9.2021 umfasst. Weitere Details zur Methodik finden Sie auf Seite 5.

8 Jahre bewaffneter Konflikt

3,4 Millionen Menschen benötigen humanitäre Hilfe



—○ **Sambia**

Dieses CARE-Projekt in Sambia hat auch auf die Jüngsten Auswirkungen. „Wir haben gesehen, wie sich die Gesundheit unserer Kinder verbessert hat. Sie bekommen nahrhafte Lebensmittel und sind gesünder als vorher. Sie haben gut an Gewicht zugelegt“, berichtet ein Vater.

—○ **Malawi**

Früher war das Leben ihrer Familie ein Kampf. Die Eltern von Litness konnten es sich nicht leisten, sie und ihre Geschwister zur Schule zu schicken. Es gab nicht genug zu essen. Seit die Eltern einer Kleinspargruppe beigetreten sind, können die Kinder zur Schule gehen.



50%

der Kinder sind nicht einmal vier Jahre in der Schule

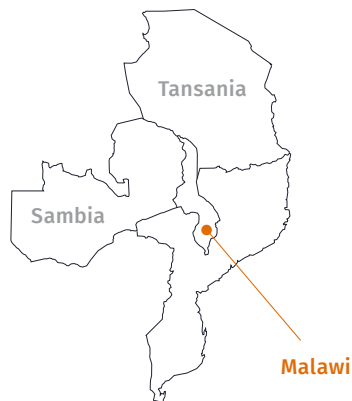




68% der vom Konflikt Betroffenen sind Frauen und Kinder

—○ Ukraine

Nataliia ist eine von mehr als drei Millionen Menschen – davon sind zwei Drittel Frauen und Kinder –, die in der Ukraine humanitäre Hilfe benötigen. Sie hält ihre fünfjährige Tochter Liuba im Arm. Nataliia zieht fünf Kinder ganz allein in einem kleinen Dorf auf, das direkt an der sogenannten „Kontaktlinie“ liegt. Die Auswirkungen des Konflikts auf die Zivilbevölkerung sind enorm.



3

Malawi

Zerstörte Ernten und immer wieder Hunger

Malawi zählt zu jenen Ländern, in denen die Auswirkungen der Klimakrise bereits jetzt mit voller Härte zu spüren sind. Es ist davon auszugehen, dass extreme Naturereignisse wie Dürren und Überflutungen künftig noch häufiger auftreten werden. Dazu kommen langandauernde Hitzeperioden und die Gefahr von Erdbeben durch heftige Regenfälle. Die Folge: Unfruchtbare Böden, zerstörte Ernten und immer wieder Hunger.

Dürre, Sturm, Bodenerosion

2019 fegte der Wirbelsturm Idai übers Land. Die großflächigen Überschwemmungen zerstörten viele fruchtbare Felder wenige Wochen vor Beginn der Erntezeit. Auch mehr als zwei Jahre nach dieser Katastrophe leiden unzählige Familien noch immer unter den Auswirkungen. Viele der 80.000 Menschen, die damals ihr Zuhause verloren haben, haben sich noch keine neue Existenz aufbauen können. Malawi muss sich jedoch auf weitere Wetterextreme einstellen. Neben Dürren und Stürmen macht auch Bodenerosion den Menschen zu schaffen. Die Anpassung an die veränderten klimatischen Bedingungen ist oft nicht mehr möglich. Rund 40.000 Menschen jährlich sind deshalb gezwungen, in andere Teile des Landes zu fliehen.

Nahrung ist knapp

Es gibt Maßnahmen, um sich an die Klimakrise anzupassen, doch sie sind teuer. Dazu zählen etwa neue Anlagen zur Bewässerung oder widerstandsfähigeres Saatgut. Für viele Menschen in Malawi ist das schlicht nicht leistbar. Knapp 70 Prozent der Bevölkerung muss mit weniger als 1,90 Euro pro Tag auskommen.

Nahrungsmittel sind schon jetzt knapp. Mehr als eine Million Menschen sind von extremer Ernährungsunsicherheit betroffen. Vor allem in den ländlichen Regionen ist die Situation angespannt. 39 Prozent der Kinder unter fünf Jahren sind aufgrund von Mangelernährung unterentwickelt.

Nicht einmal vier Jahre Schule

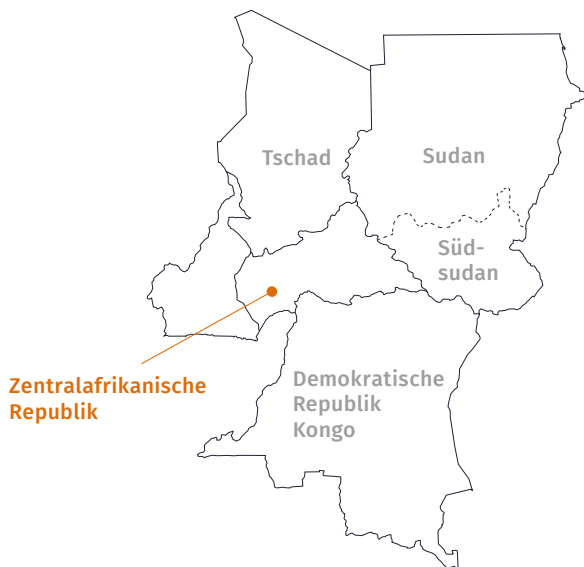
Beim Index der Menschlichen Entwicklung (HDI) liegt Malawi unter 189 Ländern auf Rang 174. Knapp die Hälfte aller Kinder geht nicht einmal vier Jahre lang zur Schule. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 65 Jahren. Die COVID-19-Impfkampagne in diesem Land mit einer Gesamtbevölkerung von 19,3 Millionen geht nur schleppend voran. Dazu kommt die hohe Zahl an HIV-Infektionen. Schätzungen zufolge sind knapp 10 Prozent der Gesamtbevölkerung mit dem Virus infiziert, darunter auch viele Kinder.

In Malawi setzt sich CARE vor allem für bessere Ernährung ein. Schwangere Frauen und Mütter werden über Methoden zur ausgewogenen Ernährung informiert. Durch die Teilnahme an Kleinspargruppen werden sie bei ihrem Vorhaben unterstützt, unabhängiger zu werden. CARE hilft auch bei der Stärkung demokratischer Strukturen und unterstützt Menschen, die von Naturkatastrophen betroffen sind, mit Soforthilfe und Wiederaufbaumaßnahmen.

42% der Mädchen werden vor dem 18. Lebensjahr verheiratet

17% der Bevölkerung sind stark unterernährt

50% der Kinder sind nicht einmal vier Jahre in der Schule



Zentralafrikanische Republik

Die größte Sehnsucht: Frieden

4

Im Oktober 2021 einigten sich der Präsident der Zentralafrikanischen Republik und die führenden Vertreter von Rebellengruppen auf einen Waffenstillstand. Durch einen Bürgerkrieg kommt das Land seit Jahren nicht zur Ruhe. Die Hoffnung auf Frieden ist immer wieder durch neue Ausbrüche von Gewalt zerstört worden. Innerhalb der Zentralafrikanischen Republik sind mehr als 700.000 Menschen auf der Flucht. Mehr als die Hälfte von ihnen sind Kinder.

Bisher haben Abkommen zwischen den gegnerischen Lagern nie lange gehalten. Zumeist flammte der Konflikt erneut auf. Die Zivilbevölkerung ist zwischen den Fronten gefangen. Überfälle, Entführungen und Menschenrechtsverletzungen sind tägliche Begleiter für die Bevölkerung. Besonders dramatisch wurde die Lage im Dezember 2020. Bewaffnete Gruppen versuchten mit Gewalt, die anstehende Präsidentschaftswahl zu verhindern. Erneut sahen sich viele Familien zur Flucht gezwungen. Mehr als 100.000 Menschen suchten Schutz in den Nachbarländern.

2,3 Millionen Menschen haben nicht ausreichend Nahrung

Die Versorgung mit überlebenswichtigen Nahrungsmitteln wird dadurch erschwert, dass bei Angriffen wichtige Infrastruktur wie Straßen und Brücken zer-

stört wurden. 2,3 Millionen Menschen haben keine Möglichkeit, sich ausreichend und ausgewogen zu ernähren. Das ist knapp die Hälfte der Bevölkerung. Die Ernährungsunsicherheit hängt auch mit den gewalttätigen Auseinandersetzungen im ganzen Land zusammen. Familien verlieren den Zugang zu ihren Feldern und damit die Möglichkeit, ihre eigenen Lebensmittel anzubauen.

Der Anstieg der Gewalt rund um die Präsidentschaftswahl im Dezember 2020 fiel noch dazu in die Erntezeit. Die Folge waren geringe Erträge und beinahe leere Speicher. Dazu kam noch COVID-19. Die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus haben zusätzlich die Einkünfte von Familien reduziert, während die Preise für Lebensmittel weiter anstiegen.

Jedes dritte Kind muss arbeiten

Beim Index der Menschlichen Entwicklung (HDI) liegt die Zentralafrikanische Republik global gesehen nur an vorletzter Stelle. Die Lebenserwartung liegt bei gerade mal 53,3 Jahren und ist damit auf dem niedrigsten Wert weltweit. Durchschnittlich besucht ein Kind knapp vier Jahre die Schule, Mädchen gar nur drei. Gleichzeitig ist Kinderarbeit weit verbreitet. Etwa jedes dritte Kind muss arbeiten, die Dunkelziffer ist noch um ein Vielfaches höher. Zahlreiche Familien sehen aber keinen anderen Ausweg, als ihre Kinder arbeiten zu lassen. Mehr als 80 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung verdient weniger als 3,20 Euro pro Tag. Das reicht nicht aus, um eine Familie zu ernähren.

Für eine langfristige und positive Entwicklung braucht die Zentralafrikanische Republik stabilen Frieden. Nur so kann sich die Bevölkerung wieder erholen. Derzeit benötigen 2,8 Millionen Menschen im Land humanitäre Hilfe.

CARE unterstützt im Süden des Nachbarlandes Tschad Familien, die vor dem Konflikt aus der Zentralafrikanischen Republik geflohen sind. Sie erhalten Wasser, Nahrungsmittel und ein Dach über dem Kopf. Viele Frauen brauchen Unterstützung, weil sie Gewalt und sexuelle Übergriffe erlebt haben. CARE begleitet die Geflüchteten langfristig bei ihrer Rückkehr in ein selbstbestimmtes Leben.

2,8 Millionen Menschen benötigen humanitäre Hilfe

53,3 Jahre ist die durchschnittliche Lebenserwartung – die niedrigste weltweit



5

Guatemala Armut, Gewalt und Klimakrise

Guatemala liegt auf der schmalen Landbrücke, die Nord- und Südamerika verbindet. Es ist auf der Route vieler Migrant:innen, die sich auf den Weg in Richtung Mexiko und USA machen. Die meisten kommen aus Ländern wie El Salvador, Honduras oder Nicaragua. Oft haben sie keine Papiere und werden beim Versuch der Einreise nach Mexiko von den mexikanischen Behörden zurück nach Guatemala geschickt. Die Unterkünfte für Migrant:innen sind überfüllt. Viele von ihnen leben deshalb auf der Straße und sind den Übergriffen krimineller Gruppen ausgesetzt. Werden sie an der Grenze abgewiesen, unternehmen sie zumeist weitere Versuche, dennoch über Mexiko in die USA zu gelangen.

Hohes Gewaltrisiko für Frauen

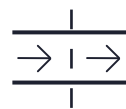
Guatemala hat mit einer Bevölkerung von 16,9 Millionen Menschen eine der größten Volkswirtschaften der Region. Doch die soziale Ungleichheit ist enorm. Guatemala gilt als eines der gefährlichsten Länder weltweit. Im internationalen Vergleich gibt es eine hohe Zahl von Morden. Im Jahr 2020 wurden 3.500 Menschen ermordet. Gewalt ist weit verbreitet: Das bedeutet insbesondere für Frauen ein Risiko – auch im Alltag oder bei Erledigungen in ihrem Umfeld. Obwohl rund 3,3 Millionen Menschen im Land auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, ist die Unsicherheit im öffentlichen Raum und das häufige Auftreten von Gewalt in vielen Fällen eine Hürde für den Zugang zu dringend benötigten Hilfeleistungen.

Zwei Drittel der Menschen im Land müssen mit weniger als zwei Euro pro Tag auskommen. Unter der indigenen Bevölkerung sind mehr als drei Viertel von Armut betroffen. 40 Prozent leben in extremer Armut. Unter ihnen sind besonders viele Frauen. Nirgendwo in der Region ist die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern größer als in Guatemala.

Von der Klimakrise bedrohtes Land

Ein treibender Faktor der Armut sind die Folgen des Klimawandels. Guatemala gehört auch zu den zehn für den Klimawandel anfälligsten Ländern der Welt und ist häufig von Naturkatastrophen betroffen. In den östlichen und westlichen Landesteilen führte lange Trockenheit in den vergangenen Jahren wiederholt zu Ernteeinbußen bei Grundnahrungsmitteln. Um die Ausfälle bei Mais und Bohnen zu kompensieren, müssen die Menschen auf importierte Lebensmittel zurückgreifen. Das zehrt ihr Einkommen auf und hat zur Folge, dass sich immer mehr Menschen nicht mehr ausreichend mit Nahrung versorgen können. Prognosen des internationalen Hunger-Frühwarnsystems IPC gehen davon aus, dass ihre Zahl bis 2023 auf 6,5 Millionen Menschen steigen könnte. Das wären mehr als 38 Prozent der Bevölkerung des Landes.

CARE ist seit 1959 in Guatemala im Einsatz. Neben der Verbesserung der Versorgung mit Nahrungsmitteln stärkt CARE mit lokalen Partnern gezielt Frauen, Jugendliche und Familien. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Förderung von Frauen und Mädchen indigener Herkunft. CARE arbeitet hier mit Partnern wie La Casa del Migrante und lokalen Organisationen wie CAIMUS und CICAM, die Frauen unterstützen, die Gewalt erfahren haben.



Land auf der Migrationsroute
in die USA



2/3 der Bevölkerung leben von
weniger als 2 Euro am Tag



Hohe Zahl von Morden und
Gewaltverbrechen



—○ Guatemala

Maria ist Teil einer Gruppe von Frauen, die sich untereinander organisieren, um Gewalt und Misshandlungen zu verhindern. Die Frauen arbeiten daran, ihr Heimatland Guatemala davon zu überzeugen, die Konvention 189 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu ratifizieren. Diese legt weltweit die Grundrechte für Hausangestellte fest.



—○ Kolumbien/Ecuador

Esmirna und ihre beiden Kinder schlossen sich einer großen Gruppe venezolanischer Einwanderer:innen an, die zwischen Ecuador und Kolumbien in der Nähe der Stadt Tulcan unterwegs waren. Währenddessen war sie auch von ihrem Ehemann Eulises getrennt, fand jedoch ein paar Tage später wieder mit ihm zusammen.

Kolumbien

Frieden – doch die Krise geht weiter



Seit 2016 herrscht in Kolumbien Frieden. Nach fünf Jahrzehnten Bürgerkrieg ist das Land etwas zur Ruhe gekommen. Auch wirtschaftliche Fortschritte sind in den vergangenen Jahren deutlich erkennbar. Dennoch bleibt die humanitäre Situation besorgniserregend. In einigen entlegenen und ländlichen Regionen des Landes gibt es weiter Gewalt und schwelende Konflikte.

Die COVID-19-Pandemie hat zudem landesweit eine Rezession ausgelöst. Ernährungsunsicherheit ist die Folge. Besonders betroffen sind neben indigenen Gruppen auch Vertriebene innerhalb des Landes und die über 1,8 Millionen Flüchtlinge aus dem Nachbarland Venezuela.

2,3 Millionen Kinder brauchen Hilfe

Die UN schätzt, dass 6,7 Millionen Menschen in Kolumbien auf humanitäre Hilfe angewiesen sind. Unter ihnen sind 2,3 Millionen Kinder und 2,3 Millionen Angehörige ethnischer Minderheiten. Im Jahr zuvor waren es erst 5,1 Millionen.

Besonders verschärft hat sich die Situation in den Regionen entlang der Grenze zu Venezuela. Dort kämpfen kriminelle Gruppen um die Kontrolle über Land, Öl und den Drogenhandel. Menschenhandel, Morde und andere Gewaltdelikte haben stark zugenommen. Besonders

von Gewalt betroffen sind Frauen und Mädchen. Sie erhalten zudem nicht ausreichend humanitäre Hilfe und haben kaum Zugang zu medizinischer Versorgung.

Zwei von drei Frauen erleben Misshandlung

Eine Befragung von Frauen in der Stadt Ocaña, die rund 100.000 Einwohner:innen hat, zeichnete ein erschreckendes Bild. Mehr als zwei Drittel berichteten den CARE-Teams von körperlichen Misshandlungen. Rund 70 Prozent nannten Drohungen, Einschüchterungen und andere Formen psychischer Gewalt. Mehr als die Hälfte der Frauen gab an, finanzielle Erpressung durch Partner und Verwandte erlebt zu haben. Sie sagten, das Ziel sei gewesen, sie in gewalttätigen Beziehungen zu halten.

CARE arbeitet daran, die humanitäre Krise im Land zu lindern. Ein Fokus liegt dabei auf Vertriebenen und Flüchtlingen sowie besonders auf Frauen, Jugendlichen und LGBTQI-Personen. In der Nothilfe kooperiert CARE eng mit lokalen Partnerorganisationen wie Corprodinco und anderen Frauenrechtsorganisationen zusammen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Schutz von Frauen vor Gewalt. In den Projekten enthalten ist auch Unterstützung mit Bargeld. CARE stellt darüber hinaus sicher, dass es besseren Zugang zu Trinkwasser und Hygiene sowie Sanitäreinrichtungen gibt.

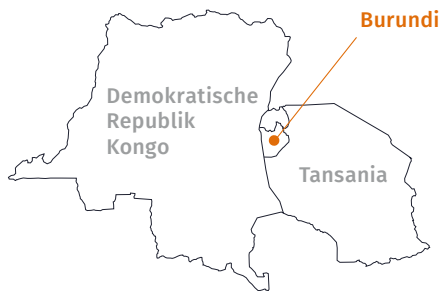
1,8 Millionen Flüchtlinge aus dem Nachbarland Venezuela leben in Kolumbien

6,7 Millionen Menschen im Land sind auf humanitäre Hilfe angewiesen

4,9 Millionen Menschen leben unter der Kontrolle bewaffneter Gruppen

Burundi

Heimatlos wegen der Klimakrise



Burundi findet sich erneut auf der CARE-Liste der medial wenig beachteten Krisen. Im vergangenen Jahr stand das ostafrikanische Land auf Platz 1. In den vier Jahren davor war es seit der ersten Publikation von „Suffering in Silence“ mit einer Ausnahme jedes Jahr in den Top 10.

Extremwetterereignisse, politische Unruhen, Fluchtbewegungen und Hunger: Die Menschen in Burundi müssen vielen Herausforderungen trotzen. Und dennoch hört man wenig über diese Region der Welt. 12,6 Millionen Einwohner:innen hat Burundi. 2,3 Millionen von ihnen benötigten im Jahr 2021 humanitäre Hilfe. Etwa 2 Millionen Menschen hungern.

Während der Regenzeit im Frühjahr 2021 traten Seen und Flüsse über die Ufer. Insgesamt waren 50.000 Menschen von den Fluten betroffen, 20.000 mussten ihre Häuser verlassen. Auch im Vorjahr hatte es bereits heftige Überschwemmungen gegeben. Die humanitäre Hilfe lief an, aber der Hilfsfonds für Burundi war zu dem Zeitpunkt erst zu 15 Prozent finanziert.

Ausgelaugte Böden ohne Ernten

90 Prozent der Bevölkerung leben von kleinbäuerlicher Landwirtschaft. Dabei ist nur ein gutes Drittel der Landesfläche überhaupt für den landwirtschaftlichen Anbau geeignet. Die Böden sind durch die intensive Nutzung strapaziert. Treten Extremwetterereignisse wie Dürren, Fluten oder Erdbeben auf, werden sie

weiter geschädigt. Damit werden immer mehr Menschen innerhalb ihres Landes vertrieben. Die Klimakrise kostet unzählige Menschen in Burundi ihre Heimat. Mehr als 80 Prozent der innerhalb des Landes Geflüchteten mussten wegen klimatischen Ereignissen ihr Zuhause verlassen.

Auch die Pandemie hat Burundi nicht verschont. Zwar gibt es nach offiziellen Zahlen 2021 nur rund 21.000 Erkrankungen mit COVID-19, aber die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen. Erst im Oktober 2021 startete die öffentliche Impfkampagne. Burundi war neben Eritrea und Nordkorea zuvor unter den einzigen drei Ländern weltweit, die noch keine Impfungen organisiert hatten. Regierung und Bevölkerung stehen den Impfstoffen sehr skeptisch gegenüber.

Geburtenrate bei durchschnittlich fünf Kindern

Frauen und Mädchen sind täglich mit ungleichen Chancen und Rechten konfrontiert: 60 Prozent der Personen, die in der Landwirtschaft arbeiten, sind Frauen. Doch in lokalen Entscheidungsgremien sind nur 20 Prozent der Abgeordneten weiblich. Die Geburtenrate in Burundi liegt bei durchschnittlich fünf Kindern. Nur 20 Prozent der Frauen haben die Mittel und das Wissen, Verhütungsmethoden nutzen. Jede dritte Frau in Burundi hat im letzten Jahr körperliche Gewalt durch einen Partner erlebt.

CARE arbeitet seit 1994 in Burundi. Damals herrschte Bürgerkrieg und CARE leistete humanitäre Hilfe. Heute stärkt CARE lokale Partnerorganisationen und gibt Wissen weiter. Frauen und junge Menschen stehen im Mittelpunkt aller Projekte. Mit der Hilfe von Kleinspargruppen und dem Training von wirtschaftlichen Fähigkeiten können sie selbst Geld verdienen. CARE setzt auch für die Infrastruktur wichtige Projekte in Bereichen wie Wasserversorgung und Landwirtschaft um. Zudem arbeitet CARE mit Gemeinden und staatlichen Institutionen zusammen, um gleiche Chancen und Rechte für Männer und Frauen zu ermöglichen und gesellschaftlichen Konflikten vorzubeugen.

2,3 Millionen Menschen brauchen humanitäre Hilfe

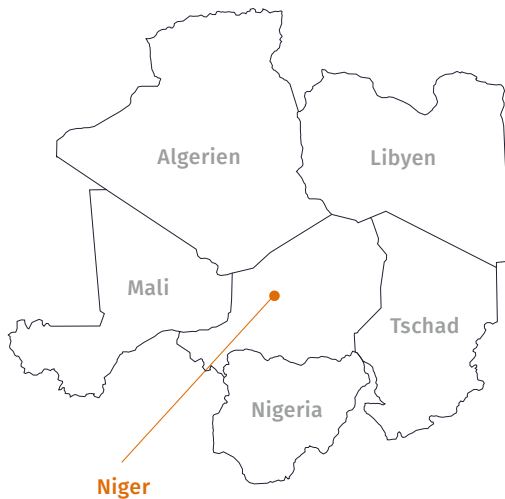


Zunehmende Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Dürren und Erdbeben

80% der Frauen haben keinen Zugang zu Verhütung

Niger

Wetterextreme und Gewalt bedrohen das Überleben



Hitze und Sand: Das Land Niger im Sahel ist von Trockenheit geprägt. Über Jahrhunderte reichte das, was der Boden hergab, knapp zum Überleben. Doch das ist nun zu Ende. Die Klimakrise bedroht die Existenz der Menschen in Niger. Überschwemmungen und Dürren zerstören die Lebensgrundlage. Konflikte machen ganze Regionen unsicher. 2,9 Millionen Menschen sind in dem westafrikanischen Staat auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Dürre oder Fluten

In Niger leben 80 Prozent der rund 25 Millionen Einwohner:innen in ländlichen Gebieten. Diese Regionen sind besonders verwundbar. Der Klimawandel bringt abwechselnd starke Überschwemmungen und langanhaltende Dürren. Das bedeutet immer wieder den Verlust von Ernten. Nach einer Überschwemmung im August 2021 konnten sich zwei Millionen Menschen nicht mehr ausreichend ernähren. Mehr als 1,8 Millionen Kinder sind auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen, 45,7 Prozent der Kinder im Alter zwischen sechs Monaten und fünf Jahren leiden unter chronischer Unterernährung, die ihre Entwicklung gefährdet. Ein schwerer

Ausbruch von Cholera in den Regionen Dosso, Maradi und Zinder verschärfte die Situation zusätzlich.

Keine Sicherheit in der eigenen Heimat

In der zentralen Sahelzone herrscht zudem seit Jahren ein bewaffneter Konflikt, der immer größere Teile des Landes erfasst. Viele Menschen fliehen vor der Gewalt und suchen fern ihrer Heimat Schutz. Im September 2021 wurden insgesamt 313.000 Binnenvertriebene registriert. Frauen und Mädchen werden in Krisen und bei Naturkatastrophen besonders hart getroffen. Bei Konflikten und Vertreibungen steigt das Risiko, dass sie Gewalt erleben.

Hilfe nur schwer möglich

Die Versorgung mit Hilfsgütern wird häufig dadurch behindert, dass die Infrastruktur zerstört ist oder im Einsatzgebiet Gewalt herrscht. Ländliche Gebiete sind oft nur schwer zugänglich. In Niger unterstützt CARE von Konflikten betroffene Gemeinden durch Projekte, die auf die langfristige Stabilisierung der Region abzielen. Gemeinsam mit lokalen Projektpartnern sensibilisiert CARE junge Menschen für die Gefahren von extremistischen Bewegungen und schult in Konfliktlösungstechniken.

Vor 30 Jahren gründete CARE in Niger die ersten selbstverwalteten Kleinspargruppen, an denen überwiegend Frauen beteiligt sind. Sie sparen ihr Geld als Gemeinschaft und ermöglichen einander den Zugang zu Darlehen und Notfallhilfen. Diese Kleinspargruppen schaffen Unabhängigkeit und Mitsprache: 78 Prozent der Frauen, die gemeinsam sparen, sind auch aktiv an öffentlichen Entscheidungsprozessen beteiligt, die ihr eigenes Lebensumfeld betreffen.

20 Prozent der Bevölkerung in Niger sind Nomadengemeinschaften. Sie sind besonders anfällig für Extremwetterverhältnisse, da sie traditionell Viehzucht betreiben und den saisonalen Regenfällen folgen. CARE hilft den Gemeinden etwa mit transportierbaren Behältern, in denen Gemüse angepflanzt wird. Nun nutzen sie eine von der Wetterlage unabhängige Anbaumethode und können ihre Ernährung sichern.

Im Grenzgebiet zwischen Niger, Burkina Faso und Mali arbeitet CARE in der Nothilfe mit der lokalen Organisation HED-Tamat zusammen. Ein wichtiger Partner ist auch das UN World Food Programme WFP (Welternährungsprogramm), mit dessen Unterstützung fast 20.000 Haushalte durch die Krise nach einer Dürre gebracht wurden.

1,8 Millionen Kinder benötigen Nahrungsmittelhilfe

313 Tausend durch Konflikte vertriebene Menschen



—○ Simbabwe

Alles, was Esther in ihrer Küche übrig hat, sind ein Glas mit Kürbiskernen, etwas Bohnen, Speiseöl und Mais. Sie berichtet: „Zu den gerösteten Kürbiskernen und Eiern essen wir Termiten und Okra. Ich würde die Kinder so gerne mit Tee, Keksen, Reis, Hühnchen und Kartoffeln versorgen können. Wir haben nur eine Hauptmahlzeit am Tag. Ich mache mir große Sorgen um das Essen für morgen.“



—○ Niger

„Es ist ein schweres Leben. Das Essen ist jeden Tag knapp“, schildert Marariya Miko. „Die Regenzeit ist ausgefallen, die Ernte war deshalb sehr schlecht.“ Um ihre Familie zu ernähren, geht Marariya kleineren Arbeiten nach, wie etwa Kräuter sammeln oder Viehhüten. Sie selbst kann nur einmal am Tag eine Mahlzeit zu sich nehmen.



9

Simbabwe

Ein Drittel der Bevölkerung hungert

Eine traurige Premiere: Simbabwe ist zum ersten Mal in den Top 10 der vergessenen Krisen gelistet. Das Binnenland im Süden Afrikas ist vielen für sein beeindruckendes Naturschauspiel, die Victoria Wasserfälle, bekannt. Weit weniger Aufmerksamkeit bekommen die akute Ernährungsunsicherheit und die deutlichen Spuren des Klimawandels. Wetterextreme treffen die Menschen inmitten einer tiefen Wirtschaftskrise, die sich durch die COVID-19 Pandemie weiter verschärft hat. Das Ergebnis ist, dass es im ganzen Land an Nahrungsmitteln fehlt.

Ernten reichen nicht mehr

Die Häufigkeit und Intensität von Naturkatastrophen hat deutlich zugenommen. Dürren, Überschwemmungen und Stürme kommen immer öfter vor. Aufgrund der extremen klimatischen Bedingungen reicht die Ernte in vielen ländlichen Gebieten nicht aus, um die Grundversorgung zu sichern. Wenn die Vorräte zu Neige gehen, sind die Haushalte auf die lokalen Märkte angewiesen – die dortigen Preise sind für viele aber unbezahlbar. Die Wirtschaft des Landes ist auf die Agrarproduktion angewiesen. Der landwirtschaftliche Sektor leidet nicht nur unter dem Klimawandel, sondern auch darunter, dass der Bedarf an Wasser oft nicht gedeckt werden kann.

In den Städten ist die Ernährungssituation nicht weniger angespannt. Wegen der Maßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 wurden Ausgangssperren verhängt. Als deshalb kleinere Geschäfte schließen mussten und der Import und Export eingeschränkt wurde, verloren viele Menschen ihre Lebensgrund-

lage. Oft sank das Hauhalteinkommen um 50 Prozent. Frauen, die besonders häufig im informellen Sektor beschäftigt sind, geraten schnell in wirtschaftliche Not.

Angesichts niedriger Einkommen und überdurchschnittlicher Preise sind viele Haushalte am Existenzlimit. Zuletzt stieg die Zahl der Menschen, denen es an Nahrung fehlt, auf 5,7 Millionen an. Das sind mehr als ein Drittel der Bevölkerung. Verglichen mit den Zahlen vor COVID-19 wurde während der Pandemie außerdem ein besorgniserregender Anstieg von Gewalt gegen Frauen verzeichnet. Die Zahl der Fälle wuchs um 200 Prozent.

Unterricht und Schulessen fallen aus


Kinder leiden besonders unter der momentanen Lage des Landes. Über 4,5 Millionen Kinder und Jugendliche konnten während der Pandemie über lange Zeit nicht den Unterricht besuchen. Damit fielen für sie auch die Mahlzeiten in der Schule aus. Wegen der verschlechterten Lebenssituation der Familien steigen die Fälle von Kinderarbeit und Frühehen deutlich. Vor allem für viele Mädchen stehen die Chancen auf eine Rückkehr in die Schule schlecht, wenn sich ihre Familien in größter Not befinden.

CARE verbessert Katastrophenschutz

Um die Bevölkerung zu unterstützen, verteilt CARE während der Trockenzeit Bargeld und Gutscheine für den Kauf von Nahrungsmitteln an besonders bedürftige Haushalte. Zehntausende Familien erhielten auf diese Weise Hilfe. CARE hat ein System zum Schutz vor sexuellem Missbrauch sowie zur Früherkennung von Unterernährung entwickelt. Gemeinsam mit lokalen Organisationen arbeitet CARE zudem an Maßnahmen zur besseren Bewältigung von Katastrophen. Mit diesem Projekt wurden mehr als 75.000 Menschen in ländlichen Regionen erreicht. Das Ziel ist es, die Menschen vor Ort selbst in die Lage zu versetzen, schnell zu reagieren. Denn die Frage ist in Simbabwe nicht ob, sondern wann das nächste Extremwetterereignis eintritt.

5,7 Millionen Menschen fehlt es an genügend Nahrung

6,8 Millionen Menschen benötigen humanitäre Hilfe

 **Inflation: Währung verliert jährlich die Hälfte ihres Werts**

Honduras

Der Armut durch Auswandern entrinnen



Eine karibische Küste im Norden und ein Strand am Pazifik im Süden: Was nach dem Ziel für einen Traumurlaub klingt, ist für knapp zehn Millionen Menschen eine Heimat, in der sie ums Überleben kämpfen. Knapp ein Drittel der Bevölkerung in Honduras ist auf humanitäre Hilfe angewiesen. Einem Großteil der Menschen fehlt es an Nahrung. Laut einer Studie aus dem Jahr 2020 leben rund 70 Prozent der Menschen in Honduras in Armut. Viele sehen in ihrer Heimat daher keine Perspektive mehr und fliehen auf der Suche nach einer besseren Zukunft und einem geregelten Einkommen in Richtung USA. Es sind Hunderttausende, die sich meist zu Fuß quer durch Mittelamerika auf den Weg machen.

Die USA als großer Traum

Die Migration aus Honduras hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Gerade der Jugend des Landes fehlen Jobs und Chancen. Auch die zunehmende Verbrechensrate sowie die Korruption im Staat lassen viele Menschen verzweifeln. Bandenkriminalität, Angst und Gewalt sind Teil des Alltags. Seit Jahren belegt Honduras im weltweiten Vergleich einen der obersten Plätze in den Mordstatistiken.

Junge Frauen und Männer verlassen oft nur mit einem Rucksack und wenigen Lebensmitteln im Gepäck ihre Heimat. Zuerst fliehen die Menschen vom Land in die Städte, um Arbeit zu finden. Da es dort jedoch kaum Jobs gibt, ziehen sie weiter. Sie versuchen, es in die USA zu schaffen, um Geld zu verdienen, das wiederum ihre Familien in der Heimat über die Runden bringen soll. In Honduras spricht man oft davon, dass die Armut weib-

lich ist, denn meist sind es Frauen, die mit den Kindern zu Hause zurückbleiben.

Wirbelstürme und Hunger

Das Land ist zudem stark vom Klimawandel betroffen. Besonders Wirbelstürme, Überschwemmungen und Trockenheit sorgen für eine deutliche Verschlechterung der Lebensgrundlagen und erhebliche Ernteeinbrüche. Die Tropenstürme Eta und Iota im Herbst 2020 trafen die Bevölkerung von Honduras schwer. Aufgrund von Naturkatastrophen wurden im Land Hunderttausende Menschen vertrieben.

Die Lage wurde durch die Verbreitung von COVID-19 noch einmal verschärft. Die Zahl der Menschen, die von Ernährungsunsicherheit betroffen sind, stieg wegen der Pandemie und wegen der Folgen der Wetterextreme auf mehr als drei Millionen.

Alle 29 Stunden ein Frauenmord

Schädliche Geschlechternormen führen dazu, dass von Frauen erwartet wird, dass sie sich vor allem um Familie und Haushalt kümmern. Finden sie dennoch Arbeit, werden sie schlechter bezahlt. Zudem müssen Frauen auch schlichtweg aufgrund ihres Geschlechts um ihr Leben fürchten: Gewalt gegen Frauen kommt häufig vor und ist seit der Pandemie weiter stark angestiegen. Honduras gilt als einer der weltweit gefährlichsten Orte für Frauen. Statistiken aus dem Jahr 2021 verzeichnen alle 29 Stunden einen Femizid in Honduras. Auf 100.000 Einwohner:innen gerechnet kommen in dem Land 6,7 Frauen gewaltsam ums Leben – die Zahl der ermordeten Frauen ist um 50 Prozent höher als jene für ganz Lateinamerika.

CARE arbeitet in Honduras mit Frauenrechtsorganisationen wie MOMUCLA aus dem Bezirk Choloma zusammen. Dort kam es nach einem Hurrikan, in dem viele Menschen ihre Existenzgrundlage und ihr Zuhause verloren hatten, zu mehr Verbrechen und zu mehr Gewalt an Frauen. MOMUCLA und CARE unterstützen gezielt Frauen, die Gewalt erlebt haben, zum Beispiel mit psychosozialer Hilfe.

2,8 Millionen Menschen brauchen humanitäre Hilfe



Bandenkriminalität, Angst und Gewalt



Für Frauen einer der gefährlichsten Orte der Welt

—○ Kolumbien/Ecuador



Was können wir tun?

Zum sechsten Mal in Folge veröffentlicht CARE dieses Ranking. Dabei sind einige Länder „Dauergäste“ auf der Liste derjenigen Krisen, die weltweit am wenigsten Aufmerksamkeit bekommen. Fehlt es an Geld? Interesse? Wissen? Der humanitäre Bedarf liegt im Jahr 2022 erneut auf einem Rekordhoch: Weltweit benötigen 274 Millionen Menschen unmittelbare Überlebenshilfe – das ist eine von 28 Personen weltweit. Die Pandemie stellt Regierungen und Verwaltungen vor große Herausforderungen, doch auch hier zeigt sich globale Ungerechtigkeit: Im Zugang zu Impfstoff, zu Hilfsprogrammen für wirtschaftliche Ausfälle und in der Versorgung von kranken Menschen.

Die 19-jährige Mariangles und ihr einjähriger Sohn Aaron verbrachten die Nacht an der Grenze zwischen Kolumbien und Ecuador. Sie warten nun auf einen Bus, der sie im Laufe des Tages nach Kolumbien bringen soll. Sie ist seit einer Woche unterwegs und auf dem Weg zu ihrem Freund, der Venezuela vor drei Monaten verlassen hat.

Auch Franklin Rafael Barros und seine Familie mussten aus ihrer Heimat Venezuela wegen der Wirtschaftskrise und den fehlenden Arbeitsmöglichkeiten fliehen.

Wir haben eine Reihe von Personen gebeten, uns ihre Ideen und Empfehlungen aufzuschreiben: Stimmen aus der Politik, dem Journalismus, von betroffenen Menschen in Krisenregionen sowie Einschätzungen lokaler Partnerorganisationen von CARE. Sie alle sind mit humanitären Krisen in Berührung, und sie alle haben einen eigenen Blick darauf, was getan werden muss.



Susanne Fries-Gaier **Beauftragte für humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt, Deutschland**

„In Ländern wie der Zentralafrikanischen Republik, Burundi oder Kolumbien haben sich Krisen verfestigt, über die wir in den Medien nur wenig erfahren. In diesen Ländern leben Menschen in großer Not, die glauben müssen, sie seien von der Welt vergessen. Wie können wir es schaffen, auf das Schicksal dieser Menschen aufmerksam zu machen? Hier haben humanitäre Nichtregierungsorganisationen und die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle. Sie können mit Kampagnen, Berichten und Bildern dafür sorgen, dass auch diese Krisen ins mediale Blickfeld rücken. Genau das tut CARE. Mit dem Bericht ‚Suffering in Silence‘ stellt CARE diese Menschen in den Mittelpunkt. Als Beauftragte für humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt begrüße ich diesen Bericht daher ausdrücklich.“

Vergessene Krisen sind mit dem ‚Primat der Bedarfsorientierung nicht vereinbar‘ – so steht es in unserer humanitären Strategie. Deutschland sieht es als zweit-

größter Geber humanitärer Hilfe als seine Verpflichtung an, gemeinsam mit seinen Partnern, gezielt auf vergessene Krisen aufmerksam zu machen. So haben wir 2021 dreizehn solcher Krisen vorgestellt, Hintergründe erläutert und die wichtige Arbeit unserer Partner erklärt. Auch die Kampagne, #Nichtvergessen, mit der elf Nichtregierungsorganisationen gemeinsam für mehr Aufmerksamkeit für vergessene Krisen geworben haben, hat in den Sozialen Medien großen Anklang gefunden.

Wenn langanhaltende Krisen wieder häufiger thematisiert werden, dann steigt auch das Spendenaufkommen. Die öffentliche Aufmerksamkeit kann zudem dazu beitragen, dass wieder Bewegung in verkrustete Konflikte kommt und politische Lösungen möglich werden. Und Menschen letztlich wieder zu einem normalen Leben zurückkehren können. Das zeigt, Berichte wie ‚Suffering in Silence‘ lohnen sich und können Leben retten!“



Omar Bizo **Leiter der lokalen Hilfsorganisation „Appui au Développement Local“, Niger**

„Die Kürzung der Budgets, der Rückgang der Werbeeinnahmen und die Verringerung des weltweiten Korrespondentennetzes haben zu einer Lücke in der Medienberichterstattung geführt. Bei einer Katastrophe achten die Medien mehr auf die Zahl der Todesopfer als auf die Analyse und Darstellung der eigentlichen Ursachen der Katastrophe. Die Zahl der Menschen, die sich in Notsituationen befinden, wird in den kommenden Jahren steigen, und wir können ihr Leid nicht ein-

fach nach der Zahl der Todesopfer priorisieren. Wenn sich ein Medienunternehmen dazu verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz der Sendezeit der Berichterstattung über diese vergessenen humanitären Krisen zu widmen, wäre dies ein Beispiel für eine positive Veränderung. Dies kann auch dadurch geschehen, dass jedes Jahr ein Reporterteam in ein vergessenes Krisengebiet entsandt wird, dass eine TV-Diskussionsrunde über eine vergessene Krise organisiert wird oder dass

lokale Journalisten und Medien mit Fortbildungen oder finanziellen Mitteln unterstützt werden. Die NGOs versuchen, den Rückzug von Medien aus dem Einsatzgebiet zu kompensieren, indem sie neue Inhalte vorschlagen oder Pressebesuche organisieren, um diese humanitären Krisen darzustellen.

Junge Menschen machen sich immer mehr Gedanken über Klima- und humanitäre Krisen. Sie verlangen vollständige und verlässliche Informationen, aber auch mehr Augenzeugenberichte von den Menschen, die direkt betroffen sind, und zwar über die Medien, die sie nutzen. Sie wünschen sich auch Aussagen, die Hoffnung und Lösungen bringen, was sicherlich nicht immer möglich ist, aber den Versuch erfordert, den

Blickwinkel der Berichterstattung zu erweitern. Letztes Jahr haben wir gesehen, wie ein schwedischer Teenager einen einfachen Klimaprotest in eine weltweite Bewegung von Millionen Menschen verwandelt hat. Mit dem Aufkommen des Bürgerjournalismus und den Menschen, die auf der ganzen Welt auf die Straße gehen, um sich Gehör zu verschaffen, gibt es keinen Zweifel mehr: Jede Stimme, jede Geste zählt und kann dazu beitragen, eine Bewegung für eine gerechtere und solidarischere Welt in Gang zu setzen oder zu stärken. Es liegt auch an uns, den Entwicklungsakteuren des globalen Südens, die Menschen vor Ort zu Wort kommen zu lassen, die von den Medien oft weniger beachtet werden, deren Authentizität aber eine Garantie für Glaubwürdigkeit ist.“



Janez Lenarčič

EU-Kommissar für Krisenmanagement bei der Europäischen Kommission

„Heute ist der Bedarf an humanitärer Hilfe so hoch wie noch nie zuvor. Dies ist vor allem auf das Wiederaufflammen von Konflikten in Verbindung mit den Auswirkungen des Klimawandels, der Umweltzerstörung, des weltweiten Bevölkerungswachstums und des Versagens von Regierungen zurückzuführen. Die Kluft zwischen dem Bedarf an humanitärer Hilfe und den weltweit verfügbaren Ressourcen nimmt jedoch stetig und drastisch zu.

Die durchschnittliche humanitäre Krise dauert inzwischen mehr als neun Jahre, und viele halten sogar noch länger an. Infolgedessen sind zu viele Krisen ‚in Vergessenheit geraten‘ – gekennzeichnet durch ein begrenztes Engagement der Geber, eine allgemeine Mittelknappheit und ein geringes Maß an Medienaufmerksamkeit. Vor diesem Hintergrund steht die Europäische Union als weltweit führender Geber von humanitärer Hilfe an vorderster Front, wenn es darum geht, auch in Krisen zu intervenieren, die nicht ausreichend im Rampenlicht stehen. Dies ist ein wichtiger Ausdruck der Solidarität der EU, ein zentraler Teil unseres globalen Engagements und unserer Verantwortung, Menschen in Not zu unterstützen, wo immer sie sich befinden.

Seit vielen Jahren ermöglicht es uns unsere Analyse der vergessenen Krisen (das sogenannte ‚Forgotten Crisis Assessment‘ der EU) zu identifizieren, wo Krisen nicht genug Beachtung erhalten. Dieses evidenzbasierte Instrument stützt sich vor allem auf Informationen aus den INFORM-Indizes, dem Europe Media Monitor Tool sowie auf Beiträge von Experten vor Ort. Unsere Bewertung für den Zeitraum 2021-2022 umfasst 16 Krisen: vom internen bewaffneten Konflikt in Kolumbien über die Sahraoui-Flüchtlingskrise in Algerien bis hin zu den Auseinandersetzungen in Mindanao und dem Konflikt in der Ukraine. Die EU engagiert sich an diesen Fronten stark und hat sich verpflichtet, mindestens 15 Prozent ihres humanitären Budgets für die Bewältigung vergessener Krisen einzusetzen. Die Europäische Union und andere Geber sind gemeinsam dafür verantwortlich, sich um die ‚vergessenen Krisen‘ zu kümmern. Neben der Finanzierung hat die EU systematisch ihre Stimme erhoben und die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft und der Medien auf diese Krisen gelenkt. Indem wir unsere globale Präsenz, unsere Stimme und unsere Unterstützung beibehalten, werden wir weiterhin humanitäre Hilfe für Menschen in Not leisten und dafür sorgen, dass ihre Notlage nicht in Vergessenheit gerät.“

Christian Putsch Afrika-Korrespondent der Mediengruppe WELT



„Humanitäre Krisen sind stille Krisen. Dürren wie die der Jahre 2015/16 in Ostafrika werden weniger wahrgenommen als derzeit der Tigray-Konflikt im geopolitisch wichtigen Äthiopien oder Terroranschläge in der Sahelzone. Das Ergebnis ist ähnlich relevant, es sterben zahlreiche Menschen – entsprechend ist Berichterstattung dringend erforderlich. Das Leserinteresse und damit die mediale Verbreitung aber ist grundverschwiegen.

Humanitäre Krisen wirken noch stiller, wenn drumherum der Lärm zunimmt. Während der Präsidentschaft von Donald Trump war das in Extremfall zu beobachten. Wenn jemand das Weiße Haus im gleichen Stil wie seine Karriere als Reality-TV-Star managt, dann bestimmt das die Nachrichten. Weil es reale geopolitische Konsequenzen hat, aber auch, weil es einen gewissen Unterhaltungswert hat. Und nicht zuletzt, weil es billiger ist. Reportagen aus krisengebeutelten Entwicklungsländern gehören zu den kostspieligsten Unterfangen für eine Redaktion. Flüge innerhalb Afrikas sind die teuersten der Welt. Hinzu kommt die Logistik vor Ort, teure Automiete, Risikoversicherung – ich bin froh, für einen Verlag zu arbeiten, der sich das noch leisten kann. Und will.

Natürlich müssen wir Afrikakorrespondenten noch härter daran arbeiten, Themen über humanitäre Krisen so umfangreich zu recherchieren, dass sie auf großes Leserinteresse stoßen – verstärkt auch multimedial. Doch auch auf Seiten der Hilfsorganisationen gibt es Verbesserungspotenzial bei der Öffentlichkeitsarbeit. Es hilft, wenn die emotionale Ebene eng mit der faktischen verknüpft wird. Wenn zum Beispiel neben einer reinen Pressemitteilung qualitativ hochwertige Aufnahmen und Schilderungen von Betroffenen mitgeliefert werden. Das kann bisweilen ein wichtiges Element einer Berichterstattung sein, zumal in schwer zugänglichen Gegenden, in die kurzfristig keine eigene Reise möglich ist.

Generell wünsche ich mir von Hilfsorganisationen mehr Mut. Zu oft erlebe ich, dass man sich selbst in Hintergrundgesprächen hinter dem Neutralitätsprinzip versteckt. Wenn aber eine humanitäre Krise in erheblichem Maße auf das Verhalten der Regierung zurückzuführen ist – was meist der Fall ist – dann muss das öffentlich zur Sprache kommen. Auch wenn das womöglich die Arbeit vor Ort erschwert.“



Concessa Nizigiymana aus Gatumba, Burundi

„Ich heiße Concessa, bin 38 Jahre alt und lebe in Gaharawe, Gatumba, im Westen Burundis, in der Nähe von der Grenze zur Demokratischen Republik Kongo. Ich war von zwei Krisen betroffen, die sich seit 2020 in Gatumba ereignet haben. Erstens haben die Überschwemmungen aufgrund starker Regenfälle die Menschen dazu gezwungen, ihre zerstörten Häuser zu verlassen. Wir mussten in Camps Zuflucht suchen, wo wir unter Kälte, Hunger und Dreck gelitten haben. Zweitens waren wir mit der Schließung der Grenzen aufgrund der COVID-19-Pandemie konfrontiert. Als jemand, der seinen Lebensunterhalt mit dem Handel über die Grenze bestreitet, war es für mich sehr schwer, meine Familie

zu ernähren. Meine Kinder wurden ständig krank, da sie der Unterernährung und der Kälte ungeschützt ausgesetzt waren.

Über solche Krisen sowohl in meinem eigenen Land als auch im Ausland muss mehr berichtet werden. Wenn die Gemeinden in der Lage sind zu sagen, was sie erleben, können wir mit den lokalen Behörden zusammenarbeiten, um die Situation zu verbessern. CARE Burundi hat uns damals schnell mit Nothilfe geholfen. Ich denke auch, dass Frauen und Mädchen viel mehr Gehör finden müssen. Ihre Bedürfnisse in einer Krise können anders sein als die von Männern und Jungen.“



Bernardina Coguox Quetzaltenango, Guatemala

„Im Allgemeinen sprechen die Leute über die Gewalt, die Frauen erleiden, aber sie wissen nicht, wie sie uns zuhören sollen, weil wir selbst nicht darüber sprechen. Wir haben Angst davor, in den Nachrichten zu erscheinen, dass über uns gesprochen wird und dass andere uns erzählen, was wir durchmachen. Denn das ist immer verzerrt und macht uns zum Mittelpunkt von Spott und Anschuldigungen. Die Nachrichten sind einseitig. Wir brauchen Verbündete, die wissen, wie wichtig es für uns ist, unsere eigene Geschichte zu erzählen, die Dinge beim Namen zu nennen und Räume der Solidarität zu schaffen.

Manchmal wollen wir die Augen vor der Realität verschließen und die Gesellschaft tut das auch. Es ist ein

Machtkampf, in dem weiterhin kontrolliert wird, was gesagt wird, weil die Gesellschaft patriarchisch organisiert ist und nicht entlarvt werden will. Wir erleben die Krisen jeden Tag, aber sie werden als etwas Alltägliches dargestellt, so dass niemand mehr darüber spricht. Man bringt uns nicht nur zum Schweigen, sondern man versucht auch, die Arbeit, die wir Betroffenen gemeinsam mit CARE leisten, zu verbergen.

Wenn wir aber erzählen können, was uns passiert ist, und unseren eigenen Raum öffnen, werden sich andere darin spiegeln und ihre Angst verlieren, ihre Geschichte öffentlich zu machen. Wir könnten so viel Lärm machen, dass sie uns zuhören müssen, dass sie uns Aufmerksamkeit schenken können und wir die Stille verlassen.“



Karl-Otto Zentel Generalsekretär, CARE Deutschland

„Vergessene Krisen sind auch für Hilfsorganisationen eine besondere Herausforderung. Mit der mangelnden Bekanntheit geht nämlich nicht selten auch eine geringe finanzielle Unterstützung einher. Damit fehlt es an konkreter Hilfe für die betroffenen Menschen. Auch die Auslandsberichterstattung ist in Zeiten der Pandemie in den Hintergrund gerückt bzw. war nur eingeschränkt möglich. Das hängt nicht nur damit zusammen, dass in Zeiten der Pandemiebewältigung der Schwerpunkt auf Innenpolitik gelegt wird, sondern auch mit den wirtschaftlichen Herausforderungen für Medien. Dazu kommen Reisebeschränkungen, die es Journalist:innen schwerer machen, von vor Ort berichten zu können.

Was kann man also tun? Aus unserer Sicht trägt die Nutzung digitaler Medien und die enge Zusammenarbeit mit Auslands-Korrespondent:innen vor Ort unmittelbar dazu bei, mehr Berichterstattung über vergesse-

ne Krisen zu schaffen. Im Fokus der Berichterstattung sollte dabei immer stehen, Betroffene zu Wort kommen zu lassen, damit sie die Lage aus ihrer Sicht schildern können. Hier bieten digitale bzw. soziale Medien die Möglichkeit, rasch mit Menschen in Krisengebieten in Kontakt zu kommen. Als globale Hilfsorganisation sehen wir unsere Rolle - neben dem wichtigen unmittelbaren Hilfeinsatz - auch darin, qualitativ hochwertige Inhalte, informierte Gesprächspartner:innen und lokale Hintergrundinformationen über die strukturellen Ursachen von Armut, Hunger und Konflikten bereitzustellen und mit Medienschaffenden zu teilen. Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen und Filmemacher:innen und Fotograf:innen direkt aus den Ländern setzen wir uns dafür ein, die Lage in Krisenländern abseits bekannter Erzählweisen und eines europäisch geprägten Blickwinkels zu beschreiben und einen Fokus auf die Stärke und Widerstandskraft der Menschen vor Ort zu legen.“



—○ Ecuador

Ein CARE-Nothelfer unterhält sich mit Kindern in einer Flüchtlingsunterkunft in Ecuador. Stolz zeigen sie ihm ihre Spielsachen. Ihre Heimat Venezuela befindet sich in der schwersten Krise seit Jahren – Millionen Menschen sind geflohen. Gerade für Kinder ist der Alltag in den Notlagern besonders trist.



—○ Burundi

Frediane hatte früher ein sehr schwieriges Verhältnis zu ihrem Vater. Seit sie Mitglied bei einer Kleinspaargruppe ist, hat sich das geändert. Sie ist selbstbewusster und traut sich nun mehr, ihre Bedürfnisse und Gefühle zu kommunizieren. Mittlerweile hilft ihr Vater auch bei ihrem Bohnen-Geschäft.



—○ Honduras

Die Menschen stehen an, um sich ein warmes Essen zu holen. Denn in Honduras spürt man noch die Folgen des Hurrikans Eta. Tausende Menschen sind obdachlos, Lebensmittel sind knapp. CARE leistet vor Ort gemeinsam mit lokalen Hilfsorganisationen Nothilfe. Täglich werden 10.000 warme Mahlzeiten verteilt.



—○ Niger

Der 40-jährige Habo Jibji ist Bauer und produziert Erdnussöl, um seine sieben Kinder zu ernähren. Die Gemeinde leidet sehr unter den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. „Es gibt keine Geschäfte mehr, der Verkauf läuft schleppend. Am schwierigsten ist es, jeden Tag zu essen. Wir kommen kaum auf zwei Mahlzeiten.“



Über CARE

CARE wurde 1945 gegründet, um Armut und Hunger in Europa mit über 100 Millionen CARE-Paketen zu lindern. Allein in Deutschland wurden damals zehn Millionen CARE-Pakete verteilt. Heute setzt sich CARE in 102 Ländern mit überwiegend einheimischen Kräften für die Überwindung von Not, Armut und Ausgrenzung ein. Die Gleichstellung und Beteiligung von Frauen ist uns ein zentrales Anliegen. CARE hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen und hilft unabhängig von politischer Anschauung, religiösem Bekenntnis oder ethnischer Herkunft. CARE Deutschland ist Mitglied im Deutschen Spendenrat und wurde 2018 mit dem Spendenzertifikat für Transparenz ausgezeichnet. Im letzten Jahr hat CARE über 100 Millionen Menschen weltweit unterstützt.

Erfahren Sie mehr unter www.care.de



Autor:innen und Autoren: Stefan Brand, Lukas Kamleithner, Katharina Katzer, Laura Russ,
Denise Schneider, Thomas Stollenwerk, Stephanie Weber, Sabine Wilke
Textredaktion: Sarah Easter, Marisa Tasser, Alexandra Zawadil
Projektteam: Katharina Katzer (Ltg.), Sonja Tomandl, Sabine Wilke
Design and Layout: Studio Mennicke

Fotonachweise: Norman Camal, Paddy Dowling, Josh Estey, Nancy Farese, Ollivier Girard, John Hewat, Lameck Luhanga, Yevhen Maloteka/UN
OCHA Ukraine, Aurore Martignoni/CEE, Tite Nyabenda, Karin Schermbrucker, Georg Wilke/ADA, Sabine Wilke